

Hans-Hagen Härtel

## Die demographische Hypothek

*Fragen der demographischen Entwicklung bestimmen zunehmend die politische Diskussion. Wie wird sich der Bevölkerungsanteil der Rentner entwickeln? Wird die Arbeitslosenrate bei abnehmender Bevölkerung sinken? Brauchen wir mehr Zuwanderer?*

Seit der staatlichen Einheit ist die Bevölkerung in Deutschland um 2,3 Mill. auf über 82 Mill. gestiegen. Allerdings gab es ein deutliches Ost-West-Gefälle: Während die Anzahl der Einwohner im früheren Bundesgebiet bis Ende Juni 1999 um 3,1 Mill. auf 66,8 Mill. zunahm, hat sie sich in den neuen Bundesländern um 0,8 Mill. auf 15,3 Mill. verringert (vgl. Schaubild 1). Diese Diskrepanz erklärt sich zum einen damit, daß sich in Ostdeutschland nach der Vereinigung die Anzahl der Geburten halbiert hatte, seit dem Tiefstand im Jahre 1994 ist sie jedoch wieder gestiegen. Die Geburtenhäufigkeit wird aber das frühere Niveau nicht wieder erreichen; es ist nicht einmal sicher, daß sie das westdeutsche Niveau erreicht.

Die zweite Ursache für das Ost-West-Gefälle besteht darin, daß sich die große Masse der Zuwanderungen zu Beginn der neunziger Jahre auf Westdeutschland konzentriert hat. Inzwischen haben sich die Wanderungsbewegungen weitgehend angeglichen. Auch die Nettoabwanderung nach Westdeutschland – zwischen 1988 und 1992 rund eine Million – war fast zum Erliegen gekommen, ist 1998 aber wieder auf 30000 gestiegen.

Es ist schon seit geraumer Zeit bekannt, daß in Deutschland, wie auch in den anderen hochentwickelten Industrieländern, die Zukunft mit einer demographischen Hypothek belastet ist. Diese hat ihre Ursache zum einen im Rückgang der Geburten seit Mitte der sechziger Jahre: Eine Frau des Jahrgangs 1940 brachte im Durchschnitt noch zwei Kinder auf die Welt, bei einer Frau des Jahrganges 1965 werden es nur noch 1,4 Kinder sein. Zum anderen erreichen immer mehr Menschen ein hohes Alter: In den letzten 25 Jahren ist die Lebenserwartung eines 65jährigen bei den Männern von zwölf auf 15 Jahre und bei den Frauen von 15 auf 19 Jahre gestiegen.

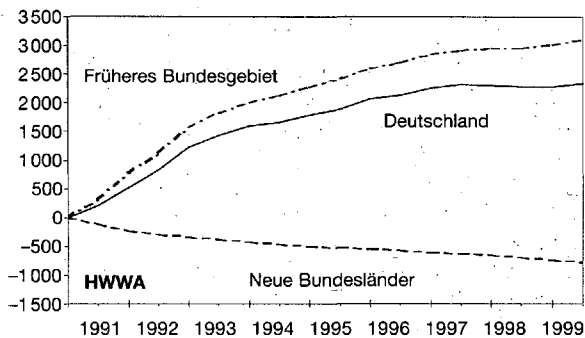
Die Wissenschaft hat sich seit langem mit den Konsequenzen dieser demographischen Entwicklung befaßt und den sich daraus ergebenden politischen Handlungsbedarf erforscht. Die Politiker jedoch haben bislang vor diesen Problemen mehr oder weniger die Augen verschlossen. Es ist deshalb schon fast revolutionär, daß Koalition und Opposition sich darauf geeinigt haben, bei den Gesprächen über die Zukunft

der gesetzlichen Rentenversicherung nicht nur die gesetzlich vorgeschriebene Vorausberechnung der Rentenfinanzen über 15 Jahre zugrunde zu legen, sondern auch einen Blick auf die nachfolgenden 15 Jahre zu werfen. Dies ist auch geboten, weil die demographische Hypothek in Form steigender Rentnerlast in den nächsten 35 Jahren wirksam wird. Bis zum Jahr 2015 sind nicht einmal 40% auf dem Weg zum „Rentnerberg“ bewältigt, der übrigens auf ein Hochplateau führt.

Nach Berechnungen des DIW steigt der Altenquotient (die Zahl der 65jährigen und Älteren bezogen auf 100 Personen der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren) unter der Annahme, daß sich der Anstieg der Lebenserwartung deutlich abschwächt, zwischen 2000 und 2035 selbst bei optimistischen Annahmen über die Wanderung von 27% auf 56%. Würde die Lebenserwartung künftig im Tempo der letzten Dekade ansteigen, dann wäre langfristig sogar mit einem Altenquotient zwischen 70% und 75% zu rechnen.

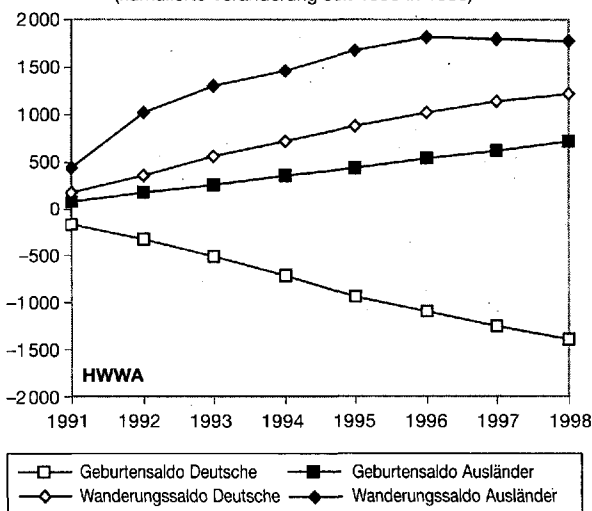
Ein weiterer tabuisierter Aspekt der demographischen Hypothek betrifft die Haltung gegenüber der Option, dem Trend zur Alterung der Gesellschaft durch Zuwanderung entgegenzuwirken. Hätte es in der Vergangenheit keine Zuwanderungen gegeben, dann wäre die Bevölkerung in Deutschland in den Jahren 1991 bis 1998 aufgrund des Überschusses der Sterbefälle gegenüber den Geburten um 1,4 Mill. gesunken (vgl. Schaubild 2). Dem stand zum einen ein Geburtenüberschuß der ausländischen Bevölkerung in Höhe von 0,7 Mill. gegenüber, der weniger auf die höhere Fruchtbarkeit als auf die günstigere Altersstruktur zurückzuführen ist. Zum anderen sind in diesem Zeitraum mehr Personen zugewandert (8,8 Mill.) als abgewandert (5,8 Mill.). Von dem Wanderungsüberschuß in Höhe von 3 Mill. entfallen 1,2 Mill. auf Deutsche (insbesondere Aussiedler) und 1,8 Mill. auf Ausländer (insbesondere Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge). Im Zeitverlauf hat sich der jährliche Wanderungsüberschuß allerdings von 600000 auf unter 50000 verringert; bei den Ausländern überwiegen inzwischen sogar die Fortzüge. Dies entspricht nicht den Herausforderungen, die die demographische Entwicklung stellt.

**Schaubild 1**  
**Entwicklung der deutschen Bevölkerung**  
(kumulierte Veränderung seit 1990 in 1000)



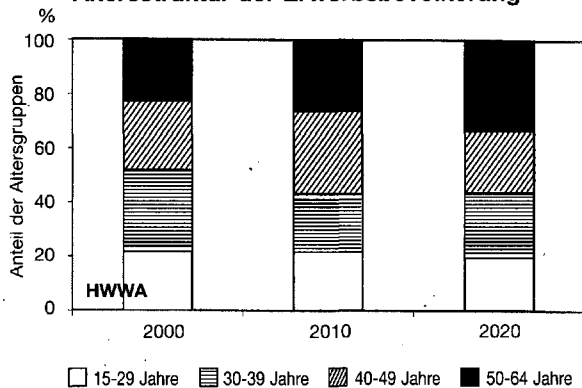
Quelle: Statistisches Bundesamt.

**Schaubild 2**  
**Komponenten der Bevölkerungsentwicklung**  
(kumulierte Veränderung seit 1990 in 1000)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

**Schaubild 3**  
**Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung**



Projektion des Erwerbspersonenpotentials bei einem jährlichen Wanderungssaldo von 200.000 und oberer Erwerbsquoten-Variante.

Quelle: IAB.

Für die Zukunft ist eine aktive Einwanderungspolitik notwendig, die einen ständigen Wanderungsüberschuß nicht nur duldet, sondern auch für eine soziale und wirtschaftliche Integration der Zuwanderer sorgt. Da dies nicht nur ein deutsches, sondern ein generelles Problem der hochentwickelten Länder ist, liegt das Zuwanderungspotential nicht bei den westlichen Nachbarländern, sondern in den EU-Beitrittskandidaten und in der Dritten Welt. Es wäre zu überlegen, den Unternehmen wieder die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zu gestatten, da bei solch einer Zuwanderung die Integration eher gewährleistet ist als bei der unkontrollierten Einwanderung.

Es ist eine weit verbreitete Erwartung, daß es mit der demographischen Belastung so schlimm nicht sein werde, weil der Rückgang der Erwerbsbevölkerung die Arbeitslosigkeit und damit auch deren Kosten verringere. Diese Erwartung basiert auf der Fehlannahme, daß die Arbeitslosigkeit ein Problem des Arbeitsangebots und nicht der Nachfrage nach Arbeitskräften sei. Das Defizit an Arbeitsplätzen ist jedoch im Kern darauf zurückzuführen, daß die Lohn- bzw. Arbeitskostenstruktur nicht mit der Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung übereinstimmt und daß die gegenwärtige Arbeitsmarktordnung mobilitätshemmend ist. Es spricht wenig dafür, daß die demographische Entwicklung diesen Problemdruck mildert, eher ist das Gegenteil der Fall. Wir haben nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Erwerbsbevölkerung das Problem der Alterung, und zwar schon in naher Zukunft (vgl. Schaubild 3).

Der Anteil der 50-64jährigen wird nach einer Projektion des IAB in den nächsten zehn Jahren von 23% auf 28% und bis zum Jahr 2020 auf 33% steigen. Diese Alterung ist zum einen produktivitätsmindernd, weil bei hohem technischen Fortschritt die Berufs- und Lebenserfahrung gegenüber dem Erwerb von neuem Wissen an Bedeutung verliert. Zum anderen stoßen die wachsenden Anforderungen auf eine geringe Mobilitätsbereitschaft. Mit dem Argument, über 50jährige seien nicht mehr vermittelbar, ist in der Vergangenheit das frühzeitige Ausscheiden älterer Arbeitskräfte gefördert worden. Mit der Einführung von Rentenabschlägen bei vorzeitigem Ruhestand ist zwar generell ein Kurswechsel vollzogen worden, doch wurde und wird er durch gesetzliche, tarifvertragliche und betriebliche Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen weitgehend neutralisiert. Obwohl jeder weiß, daß hier eine Umkehrung wegen der demographischen Hypothek notwendig ist, scheut man sich davor, der Bevölkerung und den Betrieben die Anreize zu vorzeitigem Ruhestand zu nehmen. Nur wenn die Politik sich hier zu einer notwendigen Korrektur entschließt, dürfte die Produktivität und Mobilität älterer Arbeitskräfte durch Investitionen in das Humankapital verbessert werden.